

Wien Wahl 2020

**Programm zur Vorlage bei der Generalversammlung
am 11.7.2020**

von

Volt Österreich

Inhalt

1. Einleitung

2. Europa und Demokratie

- a. Die Rechte der Unionsbürger
- b. Bürgerbeteiligung
- c. Sichtbares Europa in Wien

3. Nachhaltigkeit und Lebensqualität

- a. Mobilität
- b. Stadtbegrünung
- c. Bauen

4. Zusammenleben und Chancengleichheit

- a. Bildung
- b. Wohnen
- c. Integration
- d. Drogenpolitik
- e. Antidiskriminierung

5. Wirtschaft, Innovation und Kultur

- a. Digitalisierung
- b. Kleine und mittlere Unternehmen (KMUs)
- c. Der Kultur- & Kreativsektor

1. Einleitung

Volt ist eine paneuropäische Bewegung und Partei, die im März 2017 in Reaktion auf das Brexit-Votum Großbritanniens gegründet wurde. Die Sektion Volt Österreich wurde im Oktober 2018 gegründet. Volt wurde ins Leben gerufen um Europa stärker zu vereinen und die massiven Probleme vor denen wir als Europäer*innen stehen gemeinsam anzugehen. Nicht nur die furchtbaren Erfahrungen der Geschichte lehren uns, dass das nationalstaatliche Denken in Europa eine Sackgasse ist. Auch die aktuellen Probleme, ob Eurokrise, Flüchtlingskrise, Klimakrise oder geopolitische Verwerfungen in der Peripherie unseres Kontinents zeigen, dass nur ein gemeinsames, föderales Europa den Herausforderungen gerecht werden kann. Im Unterschied zu anderen Parteien, die sich nur als Clubs im Europaparlament zusammenschließen, jedoch keine europäische Parteistruktur haben, werden bei uns die politischen Probleme gleich auf europäischer Ebene diskutiert und ausgehandelt. Dadurch werden die mühseligen Verhandlungen in denen jeder Mitgliedstaat nur seine eigenen Interessen vertritt obsolet und wir sprechen gemeinsam als Europäer*innen.

Als eine der wichtigsten Metropolen Europas ist Wien untrennbar mit der politischen Entwicklung unserer EU verbunden. Nach dem Fall des eisernen Vorhangs wurde Wien von einer Grenzstadt zu einer florierenden Metropole im Herzen Europas. Die Vorteile des Binnenmarktes, der gemeinsamen Währung, der kulturellen Vielfalt und des europäischen Arbeitsmarktes liegen für Wien auf der Hand. Mittlerweile leben mehr als 240.000!! Unionsbürger*innen in Wien. Die Stadt profitiert vom starken Austausch internationaler Unternehmen, von vielen internationalen Studierenden und von europäischen Fördergeldern.

Gleichzeitig gilt Wien für viele Städte des Kontinents als Vorbild. In Sachen Lebensqualität, öffentlichen Verkehrsmitteln und Wohnen setzt Wien Maßstäbe.

Trotz der immensen Wichtigkeit der europäischen Integration ist die Einbeziehung der Unionsbürger*innen insbesondere in politischen Dingen jedoch noch ausbaufähig. Unser Programm für Wien setzt starke Akzente in den Gebieten Europa und Demokratie, Nachhaltigkeit und Lebensqualität, Zusammenleben und Chancengleichheit sowie Wirtschaft, Innovation und Kultur. Wir glauben daran, dass mit einer inklusiven, europäischen und wissenschaftlich fundierten Politik ein gutes Leben für alle möglich ist.

2. Europa und Demokratie

Wien und Europa sind eng miteinander verbunden. Der Anteil der EU-Bürger*innen in Wien beträgt 13% und die Wiener Wirtschaft ist stark mit anderen europäischen Städten vernetzt. Wien ist die fünftgrößte Stadt Europas und ein Vorbild im Bereich Wohnen und öffentlicher Verkehr. Gleichzeitig ist Wien naturgemäß stark abhängig von Entscheidungen, die in Brüssel getroffen werden. Volt setzt sich in ganz Europa für mehr Transparenz und eine wesentlich stärkere Rolle des europäischen Parlaments ein. Doch Demokratie und Bürgerbeteiligung ist uns auch auf lokaler Ebene ein wichtiges Anliegen. Wir treten insbesondere für stärkere Bürgerbeteiligung bei lokalen Projekten ein und wollen die demokratischen Rechte der EU-Bürger*innen in Wien stärken. Wir fordern daher:

A. Die Rechte von Unionsbürger*innen

Unionsbürger*innen dürfen in Wien nur auf Bezirksebene wählen, nicht aber auf Gemeindeebene. Dies ist aus vielen Gründen problematisch. Da Unionsbürger*innen zumeist auch nicht in ihren Herkunftsstaaten auf Länderebene wählen dürfen, fehlt eine wichtige Ebene der demokratischen Mitbestimmung. Außerdem sind Bürger*innen, die in Wien arbeiten und leben stark von der Gemeindepolitik betroffen.

- Wir fordern daher die **Einführung des Wahlrechts von Unionsbürger*innen** auf Gemeindeebene, falls diese ihren ersten Wohnsitz in Wien haben. Diese Forderung, welche nur auf Bundesebene durchgesetzt werden kann, wird von Volt mit Nachdruck in den öffentlichen Diskurs gestellt.
- Außerdem sollen Unionsbürger*innen besser **über ihre Wahlmöglichkeiten informiert** werden. Insbesondere bei der Europawahl ist die Aufklärung mangelhaft, da keine Information über Deadlines und Wahlmöglichkeiten stattfindet.
- Volt will eine **europäische Diskussionsplattform** aufbauen, um den Diskurs über die Landesgrenzen hinaus zu erweitern. Viele Herausforderungen in Wien treten auch in anderen Städten Europas auf. Diese Städte haben teilweise kreative und funktionierende Lösungen gefunden, in vielen Dingen können andere Städte aber auch von Wien lernen. Eine solche Plattform würde dazu

beitragen schneller Lösungen zu finden und das europäische Gemeinschaftsgefühl fördern.

- Wir fordern die **Abschaffung des Behördengangs bei der MA 35** für EU-Bürger*innen. Die Bescheinigung des Daueraufenthaltes kann problemlos am Magistrat bei der Meldung geschehen. Dieser zusätzliche Behördengang ist überflüssig. Wir wollen, dass Bürokratie effizient und nach den Bedürfnissen der Bürger*innen organisiert wird und nicht durch unnötige Behördengänge erschwert wird. Dadurch können auch öffentliche Mittel für sinnvollere Zwecke eingesetzt werden.
- Da viele Unionsbürger*innen zum Arbeiten oder Studieren nach Wien kommen und nicht zwangsläufig mit der deutschen Sprache vertraut sind, fordern wir, dass jegliche **schriftliche Kommunikation auch auf Englisch** angeboten wird. Für eine internationale Stadt wie Wien sollte dies Standard sein.

B. Bürgerbeteiligung

Wir setzen uns dafür ein, dass Bürger*innen mehr Mitspracherecht bei lokalen Projekten bekommen. Es soll mit den Menschen zusammen entschieden werden, wie die Stadt aussehen soll, und nicht über ihre Köpfe hinweg.

- Daher fordern wir, lokale **Bürgerversammlungen** zu erleichtern und zu institutionalisieren. Die Versammlung soll in jedem Bezirk mindestens zweimal jährlich stattfinden. Die Mitbürger*innen sollen durch ein repräsentatives Zufallssystem ausgewählt werden, damit auch Menschen für politisches Engagement motiviert werden, die nicht ohnehin schon in einer Partei organisiert sind. So soll ein repräsentativer Einblick in die Interessen der Bürger*innen gewährleistet werden. Natürlich geschieht dies auf freiwilliger Basis und kann abgelehnt werden. In diesen Versammlungen sollen z.B. Projekte zur Verkehrsberuhigung, große Bauvorhaben oder Landschaftsplanung diskutiert werden.
- Volt setzt sich außerdem dafür ein, dass **Bürgerzentren** in allen Bezirken geschaffen und von der Stadt mit einer zuverlässigen Basisfinanzierung ausgestattet werden. Diese Zentren sollen Platz für kulturelle Aktivitäten bieten um Künstler*innen zu unterstützen. Ähnlich wie beim Werkstätten- und

Kulturhaus (WUK), sollen so Angebote für alle Bereiche der Gesellschaft bereitgestellt werden. Außerdem sollen die Zentren Räumlichkeiten für ehrenamtliche Initiativen zur Verfügung stellen. Dies soll ohne großen Verwaltungsaufwand geschehen. Vereine, aber auch nur einfache Meetups, sollen die Möglichkeit haben, kostenfrei einen Raum zu reservieren, sofern sie einen gesellschaftlichen Nutzen begründen können. Die Bürgerzentren sollten auch die europäische Integration fördern. Dies kann z.B. durch Länderabende, in denen Unionsbürger*innen die Kultur, Geschichte und Politik ihres Heimatlandes vorstellen, geschehen. So kann ein stärkeres Verständnis für europäische Kulturen gefördert werden.

- Außerdem sollen **Sprachcafés** in die Bürgerzentren integriert werden, um den kulturellen Austausch zu verbessern.
- Wir fordern die Errichtung eines **Bürgerbudgets**. In jedem Bezirk sollen die Bürger*innen über ein gewisses Budget entscheiden können, um Projekte ihrer Wahl umzusetzen. Über die Verwendung des Budgets soll in der Bürgerversammlung entschieden werden.

C. Sichtbares Europa in Wien

Unsere EU wird von vielen immer noch als ein abstraktes, bürokratisches Gebilde aufgefasst. Dabei unterstützt und wirkt unsere EU schon jetzt stark in unserem Alltagsleben. Wir wollen Europa in Wien sichtbar machen.

- Wir fordern einen ausgeschilderten **Europa-Stadtwanderweg**, der an allen wichtigen Plätzen und Orten, die mit der EU zusammenhängen, vorbeiführt.
- An allen EU-geförderten Einrichtungen und Plätzen sollen **EU-Flaggen** angebracht werden.
- Volt fordert eine **Dauerausstellung “Europa in Wien”** (analog zu “das Rote Wien”).

3. Nachhaltigkeit und Lebensqualität

Der Klimawandel ist eine der fundamentalen Herausforderungen unserer Zeit. Ohne zeitnahes drastisches Handeln droht eine Transformation unserer natürlichen Lebensbedingungen wie es sie in der Geschichte der Menschheit noch nicht gegeben hat. Noch schlimmer: Diese Transformation kann nach der Überschreitung von Kippelementen im Klimasystem schneller kommen als wir erwarten und sie ist irreversibel. Auch im Bereich der Biodiversität gibt es dramatische Veränderungen. All dies ist schon jetzt deutlich auch in Wien spürbar. Die enorme Hitze in den Sommermonaten und extremeres Wetter sind bereits Vorboten. Um diese Entwicklung aufzuhalten muss es auf allen Ebenen Veränderungen geben. Die Stadt bietet hier zahlreiche Möglichkeiten für ein nachhaltigeres Leben. Durch einen Wandel in den Bereichen Mobilität, Stadtbegrünung und Baurecht wird nicht nur dem Umweltschutz gedient, sondern es eröffnen sich auch vielseitige Chancen für die Bürger*innen und die Wirtschaft und es kann eine stark verbesserte Lebensqualität erreicht werden.

A. Mobilität

Wie eine Stadt Mobilität organisiert, trägt im erheblichen Maße zur Lebensqualität ihrer Bewohner*innen bei. Insbesondere in einer rasant wachsenden Stadt wie Wien droht bei Untätigkeit ein Verkehrskollaps. Wir müssen jetzt die Weichen stellen, dafür wie der Verkehr in den nächsten Jahrzehnten in Wien aussehen soll. Die Herausforderungen sind hierbei den Platz in der Stadt effizient zu nutzen, die Lärmbelastung zu senken, den Schadstoffausstoß zu mindern und für Sicherheit im Straßenverkehr zu sorgen. Hinzu kommt, dass jede Stadt einen Beitrag zum Kampf gegen den Klimawandel leisten muss. Gerade in einer großen, dicht bewohnten Stadt wie Wien ist dies auch relativ einfach möglich. Durch eine starke Reduktion des motorisierten Individualverkehrs können Energieverbrauch und CO₂-Emissionen signifikant verringert werden, ohne dass damit Einschränkungen für die Mobilität der Bürger*innen verbunden sind. Effizientere Fortbewegungsmittel wie U-Bahn, Straßenbahn, Bus und Fahrrad müssen immer mehr Raum einnehmen um den Bedürfnissen der Wienerinnen und Wiener gerecht zu werden. Unsere Forderungen im Detail:

Motorisierter Individualverkehr:

Wir wollen den motorisierten Individualverkehr in Wien in den nächsten fünf Jahren um 30% senken. Nur so können die oben genannten Ziele erreicht werden. Um dies zu erreichen sind sowohl negative als auch positive Anreize notwendig: Wir wollen das Autofahren unattraktiver und gleichzeitig die alternativen Fortbewegungsmittel attraktiver machen.

- Volt schlägt daher konkret die **Einführung einer City-Maut** im gesamten Stadtbereich von Wien vor. Studien und die Erfahrungen u.a. aus Stockholm und London zeigen, dass eine City-Maut der effektivste Weg zur Reduzierung des Verkehrs ist. Gleichzeitig können mit den Einnahmen Projekte zum Ausbau des öffentlichen Verkehrs in Wien wesentlich stärker gefördert werden. Wir fordern eine preisliche Staffelung von 10€ pro Tag, 50€ pro Woche und 366€ pro Jahr. Die Bezahlung der City-Maut soll durch die Einführung einer Vignette überprüft werden. Um Frustration und Härtefälle zu vermeiden fordern wir eine Palette von Ausnahmen: Sämtlicher Lieferverkehr sowie Handwerksbetriebe und andere Gewerbetreibende, die für die Ausführung ihres Berufs zwingend ein Auto brauchen, werden von der Maut befreit. Menschen mit Behinderung sollen ebenfalls von der City-Maut befreit werden. Außerdem können sich diejenigen Bürger*innen von der Maut befreien lassen, die keine gute Anbindung zu öffentlichen Verkehrsmittel an ihren Wohnort oder Arbeitsplatz haben. Konkret sollen diejenigen entlastet werden, die nicht in der Nähe einer Haltestelle mit mindestens Kategorie A nach ÖV-Güteklassenmodell der MA 18 wohnen oder arbeiten. Die Einführung soll zwei Jahre nach Ankündigung, schrittweise, erst innerhalb des Gürtels, dann für ganz Wien erfolgen. Durch die Maut können Einnahmen in Höhe von ca. 200 Millionen Euro generiert werden, welche direkt in den verstärkten Ausbau der öffentlichen Verkehrsmittel fließen sollen.
- Um Pendler*innen aus dem Umland von Wien einen zusätzlichen Anreiz für den Umstieg auf die öffentlichen Verkehrsmittel zu geben, sollen die **Park-and-ride-Kapazitäten** am Stadtrand massiv ausgebaut werden. Außerdem soll Park-and-ride zu sehr günstigen Konditionen angeboten werden.
- Nach wie vor wird es Aktivitäten geben, die schwer ohne Auto zu erledigen sind. Volt ist daher für den **umfassenden Ausbau des Carsharing-Angebotes**. Die entsprechenden Autos sollen von der City-Maut befreit werden. Zudem sollte die gesamte Flotte aller Anbieter nach und nach auf E-Autos umgestellt werden. Die Stadt Wien soll eine harmonisierte Plattform zur Verfügung stellen, bei der man

alle Anbieter buchen kann (eine App für alle). Außerdem sollen in dieser Plattform auch Anbieter gefördert werden, die günstige Wochenendausflüge ermöglichen. Perspektivisch werden wir uns dafür einsetzen, diese Plattform europaweit zu harmonisieren, damit man in jeder Stadt bequem Autos ausleihen kann. Durch die Transformation von Individualverkehr hin zu einer Sharing-Ökonomie können Platz und Ressourcen gespart werden.

- Die Verkehrswende sollte mit massiver Werbung gegen den Besitz eines Autos in Wien starten. Dafür sollten z.B. auch große Plakate an stautintensiven Strecken aufgehängt werden, auf denen für die besseren Alternativen Rad und Öffis geworben wird.

Öffentliche Verkehrsmittel:

Volt fordert einen starken Ausbau der öffentlichen Verkehrsmittel in Wien. Insbesondere in den Randbezirken fehlen oft die nötigen Verbindungen, um komfortabel mit den Öffis ans Ziel zu kommen. Außerdem sollen auch in den inneren Bezirken die Intervalle verdichtet werden, um die Fahrgäste, die wegen der City-Maut und dem Bevölkerungswachstum hinzu kommen, aufzunehmen.

Für den Ausbau fordern wir konkret:

- Ausbau der U6 nach Stammersdorf. Gerade im einwohnerstarken Bezirk Floridsdorf ist die Erreichbarkeit der Öffis oft nicht sonderlich gut. Wir wollen, dass diese Gebiete prinzipiell wesentlich besser angebunden werden.
- Ausbau der S-Bahnen, insbesondere Querverbindungen zwischen dem 21. und 22. Bezirk. Es gibt eine starke Pendlerbewegung zwischen diesen beiden Bezirken, jedoch keine Schnellverbindungen. Wir setzen uns dafür ein das zu ändern.
- Mehr Querverbindungen mittels Straßenbahnen und Schnellbusverbindungen zwischen U6, U2 und U1 in den südlichen Bezirken. Hierfür müssen teilweise Busspuren eingeführt werden.
- Kürzere Intervalle bei bestehenden S-Bahnen und Bussen.

- Entlastung der U6 durch eine Erhöhung der Taktung der Vorortelinie (S45).

Fahrrad:

Wien hat sich laut Kopenhagen-Index zwar in Hinblick auf die Fahrradfreundlichkeit in den letzten Jahren verbessert, jedoch ist das schnelle und sichere Vorankommen mit dem Fahrrad in Wien immer noch eine Herausforderung. Oft enden Radwege im Nichts, erfordern größere Umwege und sind viel zu schmal, um ein sicheres Fortkommen zu gewährleisten.

- Um das Radfahren in Wien attraktiver zu machen, fordern wir die **Einführung von Fahrradstraßen durch ganz Wien**. Diese werden für den Autoverkehr komplett geschlossen. Hierfür sollen Seitenstraßen verwendet werden. Bei Kreuzungen ohne Ampel soll auf Fahrradstraßen grundsätzlich Vorfahrt gelten. Alle Parkplätze für Autos werden auf diesen Straßen abgeschafft.
- Außerdem wollen wir die **Qualität des schon vorhandenen Radverkehrsnetzes stark verbessern**. Das Netz soll so gebaut werden, dass sich jede Familie ohne Sorge um die Sicherheit auch mit dem Fahrrad durch Wien bewegen kann. Die Radwege sollen breit, gut markiert und wenn möglich vom Autoverkehr baulich getrennt sein. Das Radnetz muss durchgehend sein, d.h. Radwege dürfen nicht einfach irgendwo enden, sondern müssen alle miteinander verbunden sein. Nach dem Beispiel von Belgien sollen alle Einbahnstraßen für den Fahrradverkehr geöffnet werden. Das würde die Sensibilität an den Kreuzungen erhöhen und so die Sicherheit der Fahrradfahrer*innen verbessern.
- Um die Qualität von Wien als Fahrradstadt weiter zu erhöhen wollen wir auch einen **besseren Schutz vor Fahrraddiebstahl**, z.B. durch Fahrradboxen, gewährleisten.
- Außerdem soll auch in den äußeren Bezirken das **City-Bike-Netz ausgebaut** werden.

Fußgänger*innen:

Eine Stadt sollte die Bewohner*innen dazu anregen, kurze bis mittellange Strecken auch zu Fuß zurückzulegen. Dies entlastet den öffentlichen Verkehr und schafft attraktive Räume, z.B. für den Einzelhandel.

- Wir fordern den **Ausbau von Fußgängerzonen und Begegnungszonen in allen Bezirken.**
- Außerdem fordern wir einen **komplett autofreien 1. Bezirk**, mit Ausnahme der Zufahrten zu schon vorhandenen Parkhäusern. Alle sonstigen Straßen sollen zu Fußgängerzonen umgewandelt werden. Vier E-Bus Linien sollen die Erreichbarkeit im ersten Bezirk noch verbessern.

B. Stadtbegrünung

Wir setzen uns für unsere Vision einer grünen Stadt ein, in der alle Bewohner*innen ausreichend Platz, Luft und Ruhe zur freien Entfaltung vorfinden. Unser Ziel ist es durch Kühlung der heißen Innenstadt und sowohl durch Schaffung, als auch durch Ausbau von Grünflächen die Lebensqualität aller Wiener*innen zu verbessern. Insbesondere der städtische Wärmeinseleffekt macht Wien zu schaffen, da die Erhöhung des Temperaturunterschiedes zwischen Stadt und Umland durch die wachsende Fläche der Stadt, die innerstädtischen Verdichtung, den Verlust von unversiegelten Flächen und den Klimawandel weiter ansteigt. Im Vergleich zur Referenzperiode 1971-2000 wird ein Anstieg (maximale Temperatur > 25°C) von 0-25 zusätzlichen Tagen pro Jahr für die Periode 2021-2050 und von 20-50 zusätzlichen Tagen pro Jahr für die Periode 2071-2100 erwartet. Um diesem Effekt so weit wie möglich entgegenzuwirken und gleichzeitig unsere Lebensqualität trotz des Temperaturanstiegs zu erhalten bzw. zu steigern, ist die Begrünung Wiens unerlässlich. Besonderer Handlungsbedarf liegt hier in den inneren Bezirken, in denen der Anteil der Grünflächen im Vergleich zur Gesamtfläche oft im einstelligen Bereich liegt (z.B. 5. Bezirk: 4%, 6. Bezirk: 2%, 7. Bezirk: 2%, 8. Bezirk: 2%, 9. Bezirk: 7%).

- Wir von Volt fordern die Einrichtung von **Grünstraßen** zur Schaffung von neuen Grünflächen in dicht besiedelten Gegenden. Hierfür sollen wenig befahrene Seitenstraßen zu Parks mit Fußgängerwegen umgewandelt werden. Durch die

Breite dieser Fußgängerwege soll die Zufahrt zu den angrenzenden Häusern für bestimmte Zwecke wie z.B. Lieferverkehr, Müllabfuhr oder Feuerwehr sichergestellt werden. Von diesen Ausnahmen abgesehen, sollen die Grünstraßen für jeglichen motorisierten Verkehr gesperrt und primär für Fußgänger*innen angelegt werden. Fahrradverkehr wird zwar erlaubt, allerdings sind Grünstraßen strikt von Fahrradstraßen (siehe "Mobilität") zu trennen. Wo möglich werden Fußgängerwege nicht versiegelt (z.B. Schotter) und Wasserläufe in die Gestaltung der Grünstraßen miteinbezogen. Diese Initiative trägt maßgeblich zu einer gerechteren Aufteilung des öffentlichen Raums und zur Ausweitung der Grünflächen bei. Studien belegen, dass eine Vergrößerung der Wiener Parkflächen um 30% zu einer deutlichen Reduktion der durchschnittlichen Anzahl der Sommertage pro Jahr führen würde. Die Maßnahme der "coolen Straßen", welche bereits umgesetzt wird, reicht nicht ansatzweise aus um die Ziele der Neuaufteilung des öffentlichen Raums und die Kühlung der Innenstadt zu erreichen. Durch den deutlich ambitionierteren Ansatz der Grünstraßen hingegen, wird das Problem des städtischen Wärmeinseleffekts effektiv angegangen und gleichzeitig qualitative Aufenthaltsbereiche für Bewohner*innen geschaffen.

- Eine zusätzliche Maßnahme zur Stadtbegrünung ist die Ausweitung von **Straßenbegleitgrün**. Die Bepflanzung von Parkstreifen entlang von Straßen trägt zur Verbesserung des Mikroklimas bei, da sich der beschattete Raum unter den Bäumen weniger stark erwärmt, der Boden weniger Wärme speichert und dadurch nachts weniger Wärme abgegeben wird. Die Luft direkt unter den Bäumen ist bis zu 10 °C kühler, was auch einen Effekt auf das Umfeld hat. Der beschriebene mikroklimatische Effekt potenziert sich durch im Verbund stehende Bäume im Gegensatz zu einzelnen Bäumen. Bei der Bepflanzung sind Straßen in Ost-West Richtung zu bevorzugen, da diese intensiverer Sonneneinstrahlung ausgesetzt sind. Aus diesem Grund priorisieren wir außerdem die Begrünung von breiten Straßen und großflächigen Kreuzungsbereichen. Wir fordern außerdem, dass bei der Gestaltung von Straßenbegleitgrün ein Fokus auf Biodiversität gesetzt wird, sodass der Artenreichtum in der Stadt gefördert wird.
- Ein weiterer Baustein der Vision des grünen Wiens ist die **Begrünung von Fassaden und Dächern**. Wir fordern, dass neu entstehende Häuser mindestens so viel Grünfläche an Fassaden und Dächern gewährleisten, wie dessen Grundfläche hergeben würde. Diese Vorgabe ist dringend notwendig, um ungenutzte Flächen zur Verbesserung des Wiener Klimas zu nutzen. Darüber hinaus gehende Vorhaben sowie die Begrünung von Fassaden und Dächern von

bereits bestehenden Gebäuden sollten durch die Stadt gefördert und unterstützt werden. Um die Vorbildfunktion der Stadt Wien zu stärken, fordert Volt insbesondere die Begrünung von großen, zusammenhängenden Dachflächen und Fassaden von städtischen Gebäuden wie z.B. U-Bahn Stationen, AKH, Gebäude der Universitäten und Ämter.

- Um der Verstärkung des Temperaturunterschiedes zwischen Stadt und Umland entgegenzuwirken, ist es notwendig andere Materialien bei der Neugestaltung von **Straßenbelägen** zu verwenden. Wir fordern, dass bei Neubau und Instandhaltung Asphalt- und Metalloberflächen zugunsten von hellen Betonflächen, Platten- bzw. Pflasterbelägen (Beton, Naturstein) oder schottergebundenen Decken reduziert werden. Mit besonderem Fokus auf die Lebensqualität der Bewohner*innen setzt Volt auf Anreize und Unterstützung für die Begrünung von privaten Innenhöfen.
- Ein weiterer Ansatzpunkt zur Begrünung Wiens bietet sich bei der **Gestaltung privater Innenhöfe**. Hier setzt sich Volt für eine Förderung von Hausbesitzern ein, die ihre Höfe umgestalten möchten. Auch hier ist eine größere Biodiversität in den Innenhöfen besonders förderungswürdig.
- Wir fordern die **Umgestaltung und Renaturierung des Wienflusses**. Das Wiental birgt insbesondere in den angrenzenden, dicht besiedelten Bezirken Margareten und Mariahilf brachliegendes Potenzial als grüner Erholungsraum für die Bevölkerung. Durch die Umgestaltung möchten wir den Wienfluss wieder zugänglich und erlebbar machen ähnlich wie dies bereits an Teilen des Liesingbaches geschehen ist. Bereits seit Jahren bestehen Konzepte für eine weitreichende Umwandlung des Wientals - Volt setzt sich dafür ein diese endlich umzusetzen! Maßnahmen wie die bereits realisierte 1. Wiental-Terrasse sind zwar ein erster Schritt, reichen in unseren Augen allerdings nicht aus, da hier weder an der Renaturierung des Gewässers noch an seiner Zugänglichkeit gearbeitet wurde.
- Bei allen Maßnahmen zur Stadtbegrünung fordern wir den Einbezug des Konzeptes der Schwammstadt in die Planung. Hierbei geht es darum, dass Regenwasser lokal aufgenommen und gespeichert wird statt lediglich abgeleitet zu werden. Insbesondere die Entsiegelung, die wir durch Initiativen wie Grünstraßen und Straßenbegleitgrün fördern, trägt maßgeblich zur nachhaltigen Nutzung von Regenwasser bei.

C. Bauen & Gebäude

Die Bauordnung einer Stadt gibt vor, wie wir als Bürger*innen unseren Lebensraum gestalten können. Die Art, wie gebaut wird, hat Einfluss auf Nachhaltigkeit, Lebensqualität und das soziale Zusammenleben. Volt setzt sich dafür ein, dass diese Bereiche bei der Planung von Bauvorhaben einen höheren Stellenwert bekommen. In den folgenden Punkten unseres Wahlprogramms werden wir konkret darlegen, wie wir Nachhaltigkeit im ökologischen, sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Sinne in die Bauordnung mit einbeziehen wollen. Als europäische Bewegung setzt sich Volt bereits für eine höhere CO₂-Bepreisung in Europa ein, um die richtigen Anreize für die Unternehmen zu setzen. Da der Emissionshandel bis jetzt jedoch viele Bereiche gar nicht abdeckt und auch nicht alle Probleme gänzlich beseitigen können wird, muss auch die Stadt Wien ihre politischen Kompetenzen nutzen, um als Vorbild für eine nachhaltige Zukunft zu kämpfen.

Ökologische Nachhaltigkeit in der Baubranche

- Volt fordert eine Privilegierung von **erneuerbaren Energien im urbanen Raum**. Jedes nicht unter Denkmalschutz stehende Haus soll bis 2028 das mögliche Potenzial an solarer Energie absorbieren können, um daraus nutzbare Energie für das Leben zu gewinnen. Diese Umbaumaßnahmen sollen teilweise auch durch die Stadt Wien gestützt werden. Energieeffiziente Heizungs-, Solarthermie- und Photovoltaikanlagen sollen subventioniert werden. Das Maßnahmenpaket ist bei der Genehmigung in Gänze ebenfalls der Baupolizei vorzulegen. So sollen die energieeffizientesten Systeme für den jeweiligen Standort ermöglicht werden.
- Das Errichten von Gebäuden benötigt Ressourcen und einen Energieeinsatz, den man als "graue Energie" bezeichnet. Die Bauindustrie ist einer der größten Verursacher von klimaschädlichen Gasen und ein Einsatz umweltschädlicher, nicht biologisch abbaubarer Materialien ist der Standard. Selbst der Bau energiesparender Häuser benötigt enorm viel Energie. Deswegen setzt sich Volt dafür ein, dass bestehende Gebäude möglichst **energetisch saniert** werden, anstatt deren Abriss hinzunehmen.

- Wir fordern, dass in Zukunft im Bausektor auf **nachhaltige Rohstoffe** gesetzt wird. Diese sollen im sinnvollen Maße den aktuell verwendeten verschwenderischen Materialien vorgezogen werden. Dabei ist auf den Ausstoß von Klimagasen, Regionalität und der Möglichkeit einer ökologisch verträglichen Gewinnung zu achten.
- Der überwiegende Teil des Abbruchmaterials der Bauindustrie wird weiterverwendet. Das aktuelle Recycling entspricht allerdings eher einem Downcycling, was bedeutet, dass deren Qualität und Funktionalität bei der Wiederverwendung stark verschlechtert wird. Wenn sich der Abriss eines Gebäudes nicht vermeiden lässt, fordern wir, dass dessen Ressourcen weiter genutzt und recycled werden. Im Hinblick darauf sollen Neubauten in ein **Werkstoff-Kreislaufsystem** eingebunden werden.
- Österreich ist aktuell europäischer Rekordhalter im Umwandeln von Grünland zu Bauland. Was sich kurzfristig positiv auf die Bauwirtschaft auswirkt, entspricht keiner nachhaltigen Siedlungspolitik. Der hohe Flächenverbrauch zerstört die kostbare Ressource des Bodens und der darauf befindlichen Biodiversität. Zusätzlich senken leerstehende Gebäude in Städten die Lebensqualität der Nachbarschaften. Volt fordert **innerstädtisch leerstehende Gebäude zunächst auszubauen**, bevor umliegende Grünflächen in Bauland umgewidmet werden.
- Die Baupolizei soll jedes Bauvorhaben nach seinem ökologisch nachhaltigen Charakter, CO₂-Ausstoß und gewonnenen gesellschaftlichen Mehrwert prüfen. Nur Bauanträge, die in allen Kategorien gut abschneiden, können infolgedessen umgesetzt werden. Bei Nichtbestehen werden planerische Maßnahmen von Nöten sein, die an den angesprochenen Punkten ansetzen. So soll die öko- und soziologisch beste Lösung gefunden werden.
- Des Weiteren möchten wir Bürger*innen bemächtigen, **Steuervorteile** zu beziehen, wenn ihr abgeschlossenes Bauprojekt einen hohen Mehrwert für die Bevölkerung mitbringt.

Sozialer Raum

Wiens urbane Architektur soll in Zukunft soziale Räume schaffen, die von allen gern genutzt werden können. Einsamkeit und Anonymität sind Phänomene, mit denen jede

Großstadt konfrontiert ist. Es gibt jedoch Konzepte, die dem zumindest entgegenwirken, wie das Beispiel Alt Erlaa zeigt.

- Konzepte wie das **generationsübergreifende Wohnen oder Kommunenhäuser**, sollen von der Stadt Wien gefördert werden. Dies soll über steuerliche Vorteile umgesetzt werden.
- Auch im **öffentlichen Raum** sollen Begegnungszonen geschaffen werden. Parks, Gehsteige und Plätze sollen zu einladenden Treffpunkten werden.
- Durch diese Maßnahmen soll ein schöneres Stadtbild entstehen, gegen die Anonymität in der Stadt vorgegangen und allen Menschen ein selbstbestimmtes Leben bis ins hohe Alter ermöglicht werden. Um dies umzusetzen sollen **Psycholog*innen und Soziolog*innen** bei der Planung mit einbezogen werden. Die soziale Komponente bei zu errichtenden Mehrfamilienhäusern soll durch die Baupolizei im Voraus geprüft und abgesegnet werden. Diese soll fortan ein notwendiger Punkt bei der Genehmigung eines Bauprojektes sein.

Innovation und Wirtschaftlichkeit in der Baubranche

Moderne digitale Planungsmethoden versprechen eine Steigerung der Produktivität der Baubranche, eine höhere Planungssicherheit für Planer und Ausführende und ein geringeres Risiko für Investoren. Durch digitale Analysen der Planungsunterlagen soll es einfacher werden, Rohstoffe auf Grundlage ihrer CO₂-Emissionen und Aspekte der Kreislaufwirtschaft auszuwählen. Wir wollen, dass die Stadt Wien diese Entwicklung mit folgenden Punkten unterstützt:

- Wir fordern die **Einrichtung eines Impact-Hubs**. Dieser soll einen Raum für ansässige Architekt*innen, Stadt- und Raumplaner*innen und andere Umweltfachkräfte schaffen, mit dem Ziel, ein nachhaltigeres Wien in der Bauindustrie zu ermöglichen. Unsere oben genannten Maßnahmen sollen von diesem Impact-Hub analysiert und umgesetzt werden.
- Volt sieht die Möglichkeit, Wiens Baubranche durch eine voranschreitende Digitalisierung nachhaltig zu verändern. Diese dient als Grundlage, um ein modernes Bauen in den nächsten Jahrzehnten zu ermöglichen. Für **kleine und**

mittlere Unternehmen sollen die erforderlichen Weiterbildungen subventioniert werden.

- Die Neuerungen in der Baubranche sollen durch die Errichtung von **Pilotprojekten der Stadt Wien** getestet werden.

4. Zusammenleben und Chancengleichheit

Das Wohlbefinden der Bürger*innen hängt stark von öffentlichen Einrichtungen und Plätzen ab. Wir sind davon überzeugt, dass in einer fördernden, solidarischen und inklusiven Stadt Verständigung der Menschen untereinander und Sicherheit geschaffen werden können. Volt will in den Bereichen Bildung, Wohnen, Integration, Antidiskriminierung und Drogenpolitik positive Anreize für das Zusammenleben und die Chancengleichheit der Bürger*innen Wiens setzen.

A. Bildung

Schulsystem

In Österreich wird Bildung immer noch vererbt. Das bedeutet, dass die Bildung der Kinder stark von der Bildung der Eltern abhängig ist. Österreich stellt mit Deutschland das Schlusslicht im EU-Vergleich dar. Ein Grund dafür ist, dass es in Österreich nach der Volksschule bereits zu einer frühen Trennung zwischen Hauptschule (bzw. NMS) und Gymnasium kommt.

- Daher fordern wir, dass die Stadt Wien **Gesamtschulen** für Schüler*innen von 6-14 Jahren anbietet, um der sozialen Segregation sowie der Vererbung von Bildung entgegenzuwirken. Damit soll schwächeren Schüler*innen mehr Zeit gegeben werden, um Defizite - vor allem im sprachlichen Bereich - aufzuholen. Konkret sollen neu errichtete Schulen nur noch als Gesamtschulen geführt werden. Bestehende Schulen sollen wie gehabt bestehen bleiben mit dem langfristigen Ziel einer Anpassung an das neue System.

Um schwächere Schüler*innen zu fördern, sowie stärkere Schüler*innen zu fordern, benötigt es eine verstärkte Betreuung. Die Aufgabe der Schule ist es, Schülerinnen und Schüler die Kompetenzen zu vermitteln, die sie als mündige Bürger*innen und zum Leben und Arbeiten im 21. Jahrhundert benötigen; insbesondere deshalb, da viele Familien nicht die benötigten Kenntnisse sowie zeitliche und finanziellen Kapazitäten mitbringen, um ihre Kinder zu Hause zu fördern.

- Aus diesem Grund fordern wir testweise die Einführung von **Ganztagsschulen** in Wien, damit genug Zeit bleibt, um schwächere Schüler*innen zu unterstützen, aber auch, um stärkere Schüler*innen zu fordern und mehr in ihre Talente zu investieren. Hierfür müssen weitere Mittel, vor allem in der pädagogischen und sozialen Betreuung zur Verfügung gestellt werden, um den zusätzlichen Bedarf zu decken. Zusätzlich soll die Klassengröße auf 20 Schüler*innen pro Klasse begrenzt werden, um die Lehrer*innen zu entlasten und die Qualität des Unterrichts zu steigern.

Schulen

Die relativ langen Sommerferien in Österreich verursachen einige Probleme. Einerseits stellen sie die Eltern vor das Problem der Kinderbetreuung. Andererseits können durch die langen Pausen im Sommer die Leistungsunterschiede zwischen den Schüler*innen nicht eingeholt werden, tatsächlich werden sie sogar größer.

- Daher fordern wir als Volt ein **Verkürzung der Sommerferien** um zwei Wochen. Diese zwei Wochen können dafür genutzt werden, Schüler*innen zu fördern, Projekte zur Förderung der Klassengemeinschaft vorantreiben oder für Seminare der Lehrkräfte. Der Schulbeginn kann auch vorverlegt werden und die gewonnenen Wochen könnten während des Schuljahres für die oben genannten Projekte genutzt werden.

Außerdem soll durch eine Professionalisierung des Lehrberufs und der Schulleitungen die Qualität verbessert, die Akteure in gewissen Bereichen entlastet und damit schließlich der Lehrberuf als solcher aufgewertet werden.

- Daher fordern wir eine Erleichterung des Berufseinstiegs für **Quereinsteiger*innen**, damit Lehrer*innen, welche über das Studium hinaus Erfahrung aus dem Berufsleben mitbringen, diese auch an die Schüler*innen weitergeben können.

- Die Corona-Pandemie hat unser Schulsystem vor einige Herausforderungen gestellt und uns gezeigt, dass wir im Bereich Schule noch nicht ganz in Zeiten der **Digitalisierung** angekommen sind. Daher fordern wir verpflichtende Weiterbildung von Lehrer*innen im Bereich digitales Lernen und die Einführung eines „Digitalen Fonds“ um Schulen bei der Digitalisierung zu unterstützen.
- Durch eine verpflichtende **anonyme Evaluation** der Lehrer*innen durch Schüler*innen soll den Schüler*innen die Möglichkeit gegeben werden, den Unterricht mitzugestalten. Darüber hinaus gibt es den Lehrkräften die Möglichkeit, sich durch konstruktives Feedback weiterzuentwickeln. Diese sollte anonym und im Vertrauen stattfinden, ohne Einbindung des Direktorats, dafür aber mit Hilfe von Sozialarbeiter*innen. Als Alternative könnten von Schüler*innen gewählte Vertrauenslehrer*innen als Schnittstelle dienen. Zusätzlich sollen im Rahmen von Mentoring-Programmen Lehrkräfte evaluiert und gefördert werden.

Volt vertritt die Werte der Menschenrechte, der Freiheit und der Demokratie. Diese Werte finden sich auch in der österreichischen Verfassung wieder. Diese wichtigen Werte sollten auch an jede/n Schüler*in weitergegeben werden. Leider kommen diese Themen im Unterricht aufgrund der mangelnden Zeit oft zu kurz.

- Daher fordern wir die Einführung eines verpflichtenden **Ethikunterrichts**, in welchem Werte wie die der Verfassung, der Menschenrechte, der Frauenbewegungen, des kritischen Denkens, etc. gelehrt werden.

Wien ist der Inbegriff einer internationalen Stadt. Dies spiegelt sich auch in der Statistik der Schüler*innen wider. 52% der Wiener Schüler*innen sprechen eine nicht-deutsche Umgangssprache.

- Um die Lehrkräfte auf diese **Diversität** vorzubereiten, fordern wir eine verpflichtende Weiterbildung für Lehrkräfte im Bereich Diversität und soziale Kompetenz. Weiters sollen Weiterbildungen ausgebaut werden, um die psychische Situation von Schüler*innen zu erkennen und auf diese eingehen zu können. Lehrer*innen sollen gegebenenfalls auf eine psychische Erkrankung von Schüler*innen angemessen reagieren und diese an professionelle Hilfe weiterleiten können.

Schule und Europa

Volt setzt sich für eine stärkere Förderung der europäischen Integration ein.

- Daher fordern wir eine stärkere Förderung von **Erasmus-Projekten** und Auslandsaufenthalten auch an Schulen und in Betrieben für Auszubildende. Dies soll - wo möglich - auch für Lehrkräfte forciert werden.
- Darüber hinaus fordern wir eine stärkere Förderung des **Gratis Interrail-Tickets**. Falls dies nicht von europäischen Institutionen umgesetzt wird, sollte es auch Förderungen auf Bezirksebene geben, um Schüler*innen aus nicht-akademischen Haushalten eine europäische Erfahrung zu ermöglichen und gleichzeitig umweltfreundliches Reisen zu bewerben.

B. Wohnen

Damit Wien auch in Zukunft als lebenswerteste Stadt dastehen kann, ist es wichtig, dass leistbarer Wohnraum für seine Bürger*innen zur Verfügung steht. Daher fordern wir einen stärkeren Ausbau von Gemeindewohnungen, welche in den letzten Jahren nur sehr spärlich gebaut wurden. Um allerdings zu verhindern, dass es zu einer verstärkten sozialen Segregation in größeren Gemeindebauten am Stadtrand kommt (wie etwa Autokaderstraße) und den damit zusammenhängenden Problemen, muss es zu einer verstärkten sozialen Durchmischung kommen. Dies muss einerseits durch eine Verbesserung der Infrastruktur, insbesondere der öffentlichen Anbindung, erfolgen.

- Zudem fordern wir, dass neue **Gemeindebau-Siedlungen nur noch in Kooperation mit anderen Genossenschaften** gebaut werden, wodurch auch Menschen aus anderen sozialen Schichten angelockt werden können.

Wien ist eine schnell wachsende Stadt. Dieses Wachstum erfordert entsprechenden Wohnraum. Somit stellt sich die Frage, wie man mit der Expansion der Stadt Wien und der damit eingehenden Bebauung von Grünfläche umgeht. Um nicht jedes mal neue Grünfläche zu verbauen, sollte man zunächst in die Höhe verdichten - zumindest da, wo es sinnvoll ist.

- Daher fordern wir eine Evaluation aller ein- bis vierstöckigen Gemeindebauten um zu prüfen, ob auf bis zu sechs Stockwerke mit Dachgeschoss aufgebaut werden kann. Dies soll unter Beachtung der jeweiligen Infrastruktur erfolgen, sodass dies zu keiner Überbevölkerung und zu einer Überlastung der Struktur (Schulen, Öffis etc.) führt.

Airbnb

Airbnb ist ein Dienstleister, über welchen man seine Wohnung oder sein Haus für eine meist kurzfristige Miete (wenige Tage) bereitstellen kann. Dadurch dass mit mehreren kurzfristigen Mieten (meist für Tourist*innen) mehr Gewinn erzielt werden kann als mit einem gewöhnlichen Mietvertrag mit einem/r langfristigen Mieter*in, führt Airbnb zu einer Reduktion von Wohnungen auf dem Wohnungsmarkt. Diese kurzfristigen Vermietungen sind nur schwer vereinbar mit unserer Auffassung von Wohnen als Menschenrecht und dem eigentlichen Zweck von Wohnungen. Beispiele wie Amsterdam, Barcelona, Budapest, Prag oder auch Bratislava zeichnen ein düsteres Bild davon, wie unsere ausgestorbenen Innenstädte in Zukunft aussehen könnten - nämlich keine Wohnviertel mit Kultur, sondern ein Disneyland für Tourist*innen.

- Daher fordern wir nach dem Vorbild Amsterdams eine **Begrenzung der möglichen Vermietung über Airbnb** auf 60 Tage im Jahr.

Darüber hinaus kommt es durch die Vermietung über Airbnb zu einer Umgehung von Gebühren sowie Steuern. Die Ortstaxe in Wien beträgt 3,2 Prozent vom Zimmerpreis; laut Stadt werden derzeit allein über Airbnb mehr als 11.000 Wohnungen und Zimmer vermietet (Stand 2019). Hier befinden wir uns aufs Jahr gerechnet also schon im Millionenbereich - da ist die Einkommenssteuer, welche die Vermieter*innen am Ende des Jahres im Rahmen der Einkommenssteuererklärung zahlen müssten noch nicht einbezogen. Da die meisten kurzfristigen Airbnb-Vermietungen an Tourist*innen gehen, sollten diesen auch die Regeln für Hotellerie zugrunde liegen.

- Somit fordern wir, dass Airbnb-Vermieter*innen zwingend angemeldet werden und somit dieselben Abgaben leisten und die **Ortstaxe** bezahlen müssen.

- Zusätzlich fordern wir, dass sich Wien auf EU-Ebene für eine **europäische Lösung** für die Plattform Airbnb einsetzt.

Maklergebühren

- Derzeit werden Maklergebühren vorwiegend von Mieter*innen getragen. Da Makler*innen von Vermieter*innen beauftragt werden, wäre es nur fair, dass die Kosten auch von diesen bezahlt und nicht auf die Mieter*innen abgewälzt werden. Daher fordern wir, dass die Maklergebühren nach dem **Bestellerprinzip** verrechnet werden müssen.

C. Integration

Die Situation an der türkisch-griechischen Grenze im Frühjahr 2020 hat klar gezeigt: Eine weitere Flüchtlingswelle, vergleichbar mit 2015, ist nicht auszuschließen. Volt steht für die Sicherung der europäischen Außengrenzen, jedoch wird es in Zukunft unvermeidlich bleiben auch weiter Flüchtlingskontingente aufzunehmen. Geschieht dies in gemeinsamer Abstimmung mit ganz Europa und in ordentlichen Bahnen, so können wir in Wien mit einer gewissen Anzahl an Schutzsuchenden gut umgehen. Jedoch müssen Maßnahmen zur Aufnahme und Integration getroffen werden um akute Not zu lindern, Frustration bei Flüchtlingen und Einheimischen zu verhindern, der Bildung von Parallelgesellschaften zuvorzukommen und eine schnelle Integration in die österreichische Bildungs- oder Arbeitswelt zu gewährleisten. Freiwillige Helfer*innen sollen im Falle einer erneuten Flüchtlingswelle mit der Notversorgung von ankommenden Flüchtlingen nicht allein gelassen werden. Es sollten genug Notunterkünfte sowie Wasser, Essen und ärztliche Versorgung bereitgestellt werden. Außerdem soll der Normalbetrieb des öffentlichen Verkehrsnetzes dabei nicht beeinträchtigt werden.

- Um eine gelungene Integration zu gewährleisten, setzt sich Volt dafür ein, dass Flüchtlingen mittelfristig eine Unterkunft zur Verfügung gestellt wird, die auch ein **Recht auf Privatsphäre** garantiert. Flüchtlinge sollten also nicht zu lange in

einem Erstaufnahmelager bleiben müssen, da hierdurch schwere soziale und psychische Probleme auftreten können.

- Die Bewohner*innen der Unterkünfte benötigen zudem **Betreuung durch Hausmeister*innen und psychologische Begleiter*innen**. Wenn Bewohner*innen verschiedenster Kulturen, teils mit schweren Traumata, auf engstem Raum zusammenleben müssen, kann es zu Streitigkeiten kommen, die es zu schlichten gilt. Hierzu soll es auch interkulturelle Trainings mit Expert*innen geben.
- Die **Unterkünfte** sollen **dezentral** gelegen sein, um eine Integration der Flüchtlinge zu erleichtern und um in der gesamten Wiener Bevölkerung eine Akzeptanz für ihre Situation zu schaffen.
- Auf einer Plattform sollen die **Rechte und Pflichten der Wiener Bürger*innen** vorgestellt und diskutiert werden. Erwachsene Geflüchtete sollen u.a. dazu motiviert werden, sich Teilzeit ehrenamtlich zu engagieren, solange sie keine Arbeitserlaubnis haben.
- Der **Bildung von Parallelgesellschaften muss verhindert werden**. Das Angebot der Volkshochschulen an Deutsch- und Integrationskursen soll ausgebaut werden (z.B. reine Frauenkurse, Kurse zur sexuellen Aufklärung) und allen Flüchtlingen ohne lange Wartezeiten zur Verfügung stehen und verpflichtend sein. Außerdem sollen in Kooperation mit Ausbildungsbetrieben Prüfungen zur Anerkennung von undokumentierten Fähigkeiten entworfen und angeboten werden.
- Für Beamt*innen, Arbeitgeber*innen und Interessierte sollen **Schulungen zur kultursensiblen Kommunikation mit Migrant*innen eingeführt werden**. Durch diese Schulungen soll die Diskriminierung aufgrund von Herkunft, ethnischem Hintergrund, Religion und Hautfarbe beendet werden. Außerdem soll nach dem Vorbild der Pride Week eine Diversity Week eingeführt werden, wobei

die multinationale Bevölkerung Wiens die Chance erhält, jeweils ihre Kultur vorzustellen.

D. Drogenpolitik

Drogenmissbrauch ist ein gesellschaftliches Problem. Laut eines Berichtes zur Drogensituation 2019 konsumieren zwischen 35.000 und 38.000 Personen in Österreich risikoreich Opioide, oft kombiniert mit anderen illegalen Drogen, Alkohol oder Psychopharmaka.

Neben der direkten Todesgefahr wegen Überdosierung führt Drogenkonsum oft zu Krankheiten durch nicht-steriles Besteck, psychische Folgen und Überforderung im Alltag. Hierbei ist stark zwischen der Art der Droge zu unterscheiden.

Allerdings kann auch die Kriminalisierung von harmlosen Drogen zu gesellschaftlichen Problemen führen. Durch die Illegalität steigt die Gewinnmarge des Schwarzmarktes, außerdem haben Betroffene eine höhere Hemmschwelle sich Hilfe zu suchen. Volt plädiert daher für einen Ansatz der gemäßigten Liberalisierung bei gleichzeitiger starker Präventionsarbeit. Konkret sind unsere Forderungen:

Cannabis:

- Wir fordern einen **Mindestgrenze für straffreien Besitz** von Cannabis. Die jetzige Regelung, in der man schon bei geringem Besitz (wenn auch milde) bestraft werden kann, ist willkürlich. Dieser erste Schritt in Richtung Entkriminalisierung von weichen Drogen würde dazu beitragen, Rechtssicherheit und Transparenz herzustellen. Dadurch wäre Eigenbedarf und Verkauf ganz klar abgegrenzt.

- Wir fordern, dass CBD-Shops geringe Mengen Cannabis mit höherem THC-Gehalt verkaufen dürfen. CBD-Shops dürfen bis jetzt Cannabis mit weniger als 0.3% THC-Gehalt verkaufen. Wir fordern für einen **Testzeitraum von 5 Jahren eine Erhöhung dieser Grenze**. Dies würde einer Teillegalisierung von Cannabis gleichkommen und somit den illegalen Handel unattraktiver machen. Während der Testphase muss wissenschaftlich erhoben werden, ob der Drogenkonsum signifikant gestiegen ist. Falls dies nicht der Fall ist, wäre diese Art der Legalisierung vorteilhaft.
- Für **Menschen unter 21 Jahren** muss der Konsum strikt verboten sein, da diese in ihrer kognitiven Entwicklung gestört werden könnten.
- Nur **lizenzierte Firmen** sollten für diese Shops anbauen dürfen. Dadurch wird illegaler, grenzüberschreitender Handel eingedämmt, Polizei und Justiz werden entlastet und der Staat kann die Qualität der Drogen sicherstellen.
- Gleichzeitig zu einer vorsichtigen Legalisierung soll eine **intensive Aufklärungsarbeit** in Bezug auf Cannabis und andere Drogen in der Schule, Medien und in den Shops stattfinden. Jeder Verkauf soll, ähnlich wie bei Tabakwaren, mit Warnhinweisen über mögliche Schäden versehen werden. Werbung muss verboten werden.

Harte Drogen

Der Konsum harter Drogen ist vor allem für die Betroffenen von immensem Schaden. Konsument*innen sollten nicht kriminalisiert werden. Vielmehr sollte Hilfe angeboten werden, um die sozialen und gesundheitlichen Schäden abzumildern. Wir fordern daher:

- Der Besitz von harten Drogen soll illegal bleiben, aber bei **geringem Besitz sollte keine Strafverfolgung drohen**. Allerdings ist dies von Legalisierung zu unterscheiden. Die Polizei muss nach wie vor die Möglichkeit haben, gegen den Konsum und Besitz vorzugehen und die Drogen ggf. zu beschlagnahmen.

- Es sollten mehr **Drug-Checking-Points** in Wien eingerichtet werden. Hier können Drogen auf ihre Inhaltsstoffe überprüft werden. So kann verhindert werden, dass gefährliche Substanzen verbreitet werden. Dies sollte mit Aufklärung über die Gefahren des Drogenkonsums verbunden werden.
- Volt fordert mehr **Sozialarbeiter*innen**, welche Aufklärung und Hilfe für Drogenabhängige anbieten und über Therapien informieren.
- Wir fordern die Einrichtung von **Konsumräumen** für Drogen- und Alkoholabhängige. Für diese Räume sollte geschultes Personal eingestellt werden. Ziel ist es erstens, die öffentliche Sicherheit zu erhöhen, indem der illegale und unkontrollierte Konsum von Drogen und die Entstehung von Drogen- und Alkoholiker-Hot-Spots, vor allem in der Umgebung von Parks und Bahnhöfen, eingedämmt wird. Zweitens lassen sich dadurch gesundheitliche Folgeschäden bei Süchtigen (z.B. durch verunreinigte Spritzen) vermeiden. Drittens können Betroffene vor Ort Beratung in Anspruch nehmen, wodurch sich eventuell eine langfristige Verbesserung der Situation erhoffen lässt. Es soll rund um diese Räume auch eine erhöhte Polizeipräsenz geben. Solche Konsumräume gibt es bereits in Hamburg, Berlin, Bern und weiteren europäischen Städten.

E. Antidiskriminierung

Volt steht für ein Europa ohne Diskriminierung, in dem sich Menschen verschiedener Herkunft, Religion oder sexueller Orientierung friedlich und tolerant begegnen. Leider ist dieser Zustand noch lange nicht in allen Bereichen der Gesellschaft erreicht. Dies liegt zum einen an den noch immer nicht komplett angeglichenen Gesetzen, zum anderen an tief verwurzelten Vorurteilen. Diskriminierung kann bei Betroffenen zu psychischen Erkrankungen und zu dem Gefühl führen, von der Gesellschaft nicht anerkannt zu werden. Volt fordert auf allen Ebenen dagegen vorzugehen.

Gesetzlicher Schutz vor Diskriminierung

- Volt fordert, dass der gesetzliche **Schutz vor Diskriminierung aufgrund von sexueller Orientierung** an jenes Niveau angeglichen wird, das für andere

Schutzkategorien (ethnische Herkunft, Behinderung, Geschlecht) bereits gilt („Levelling-up“). Das Bundesgleichbehandlungsgesetz verbietet Diskriminierungen aufgrund der sexuellen Orientierung bis jetzt nur im Bereich Beschäftigung und Beruf, nicht aber beim Zugang zu Gütern und Dienstleistungen.

Aufklärung und Hilfe

- Wir fordern, dass die Stadt Wien ihre **Hilfsangebote** für Menschen, die aufgrund ihrer sexuellen Orientierung mit Diskriminierung, Intoleranz oder Bedrohung konfrontiert sind, weiter ausbaut und diese auch bekannt macht. Ähnlich wie “Rat auf Draht”, welches sich insbesondere an Jugendliche richtet, könnten solche Angebote z.B. in öffentlichen Verkehrsmitteln beworben werden.
- Beamt*innen und Lehrer*innen müssen **gezielt geschult** werden, um das gesellschaftliche Stigma rund um vielfältige sexuelle Orientierung zu bekämpfen.

5. Wirtschaft, Innovation und Kultur

Wien ist eine der wichtigsten Kulturstädte Europas und als innovative Stadt auch ein Wirtschaftsmotor. Durch die Coronakrise gibt es jedoch starke Einschnitte, besonders im Bereich der freischaffenden Künste und für kleinere Unternehmen. Wir glauben, dass dies die Zeit für Fortschritte sein muss. Wir fordern eine starke Digitalisierung gerade in der Stadtverwaltung und eine konsequente Unterstützung kleiner und mittlerer Unternehmen, sowie des Kultur- und Kreativsektors.

A. Digitalisierung

Mit smarten, digitalen Lösungen wollen wir die Lebensqualität der Wiener*innen stark verbessern und gute Bedingungen für Start-ups bereit stellen. Eine smarte City kann enorm viele Vorteile bieten: weniger Verwaltungsaufwand für die Bürger*innen, weniger

Amtsgänge, geringere Verwaltungskosten, bessere Bedingungen für Unternehmen, Zeitersparnis und eine bessere Beobachtung von Schadstoffen, um nur einige Vorteile zu nennen. Allerdings birgt die damit einhergehende Digitalisierung auch große Risiken: Menschen können durch die schnellen Veränderungen und Neuerungen überfordert werden. Neue Systeme und Lösungen können Startprobleme haben und die Sicherheit der Daten und der kritischen Infrastruktur ist eine große Herausforderung. Volt fordert auf Grund der großen Vorteile, dass Wien zu einer Smart City wird. Allerdings fordern wir auch, dass die Bürger*innen an Entscheidungen beteiligt sind und dass die digitale Sicherheit jederzeit gewährleistet ist. Die Abwägung zwischen Schnelligkeit und Sicherheit bestimmt unser Programm:

Smart City-Projekte erfordern die Zusammenarbeit von städtischen Betrieben mit Partnern aus der Wirtschaft und oft auch mit Hochschulen oder wissenschaftlichen Instituten. Dies erfordert viele Ressourcen und bindet gut ausgebildetes Personal. Um diesen Vorgang effizienter zu gestalten, wäre es vorteilhaft, wenn Städte mühelos Konzepte aus anderen europäischen Städten übernehmen können. Wir fordern daher:

- Die **IT-Kooperation** mit anderen europäischen Städten zu verstärken. Ziel ist die Einigung auf einheitliche Software- und Hardware-Komponenten, sodass Smart City-Lösungen ohne aufwändige Anpassungen von Stadt zu Stadt weitergegeben werden können. Europäische Ansätze zur Standardisierung werden dabei unterstützt und können von den Städten freiwillig übernommen werden.
- Smart City-Projekte müssen gemeinsam mit den Bürger*innen initiiert werden. Viele, vor allem ältere Menschen, fühlen sich von einem zu schnellen Wandel oft überfordert. Daher muss gewährleistet werden, dass jedes Projekt mit den Menschen lokal vor Ort besprochen wird und gegebenenfalls zusätzliche Maßnahmen zur digitalen Weiterbildung begleitend angeboten werden. Wir fordern daher, dass alle Wiener Smart City-Projekte schon in der **Pilotphase mit Bürgerbeteiligung** durchgeführt werden und die Bewertung durch Bürgerinnen und Bürger in die abschließende Erfolgsbewertung einfließen muss.
- Volt ist für **digitale Amtsgänge** via Videocall und die Möglichkeit einer digitalen Terminvereinbarung auch außerhalb der Amtsstunden.

- Um Ressourcen zu sparen und Zugang sowie Suche einfacher zu gestalten, sollten alle **Akten in der Justiz konsequent digitalisiert** werden.
- Volt ist für die Einrichtung einer Kommission, welche den Auftrag hat, alle neuen Gesetze, Verordnungen, europäische Richtlinien und Verordnungen, die auf Wiener Bürger*innen anzuwenden sind, in möglichst **einfache Sprache** zu übersetzen.

B. Kleine und mittlere Unternehmen (KMUs)

Kleine und mittlere Unternehmen bilden das Rückgrat der europäischen und österreichischen Wirtschaft. Sie stellen ca. 99% aller Unternehmen in Europa und spielen beschäftigungspolitisch eine wesentliche Rolle. Diese Unternehmensstruktur ist auch wettbewerbs- und demokratiepolitisch von Vorteil, da sie Monopol-Tendenzen und einer zu großen lobbyistischen Macht einzelner Player entgegenwirkt. Jedoch sind KMUs mit zahlreichen Problemen konfrontiert, die ihnen gegenüber größeren Unternehmen einen Wettbewerbsnachteil verschafft. Daher steht Volt für eine starke Förderung von KMUs.

- Volt setzt sich dafür ein, dass KMUs bei **öffentlichen Vergabeprozessen** besser unterstützt werden. Es muss sichergestellt werden, dass kleine Unternehmen nicht schon wegen des hohen Verwaltungsaufwandes an dem Vergabeprozess scheitern.
- Um den Verwaltungsaufwand generell zu verringern, fordert Volt auf europäischer Ebene einen **digitalen One-Stop-Shop**, in dem alle bürokratischen Angelegenheiten für Unternehmen geregelt werden können. Hier soll es möglich sein ein Gewerbe anzumelden, die Steuererklärung für das Unternehmen zu machen und sonstige Interaktion mit den Behörden abzuwickeln. Im besten Fall sollte das ein für unsere ganze EU harmonisierter Prozess sein, so dass Unternehmen die Vorteile des großen europäischen Marktes nutzen können.
- Volt fordert **mehr Budget für die Förderung von KMUs bereitzustellen**.

- Volt fordert die **Vereinfachung von Unternehmensförderung**. Gegenwärtig besteht ein wahrhafter Förderungsdschungel, was zu Nachteilen von kleinen Unternehmen führt, die kein gesondertes Personal dafür haben.
- Gerade bei KMUs, die sich an Endkund*innen richten, sollte die Sichtbarkeit kleiner lokaler Unternehmen besonders groß sein. Die Stadt sollte hierfür eine **harmonisierte Website** anbieten und bewerben, über die sich Unternehmen registrieren können und hierdurch auch in Suchmaschinen sichtbar werden.
- Für uns ist es ein besonderes Anliegen, die kleinen Geschäfte in den Wiener Bezirken zu erhalten, da sie sich sehr positiv auf das Stadtbild, die Lebensweise und das soziale Gefüge auswirken. Jedoch steigt die Leerstandsquote gerade bei Geschäftsflächen der kleineren Läden, was vor allem auf die immer höhere Konkurrenz vonseiten der Internetgiganten zurückzuführen ist. Als europäische Partei fordern wir daher, dass Internetgiganten wie Amazon und Google eine **Mindestkörperschaftssteuer** von 15% zahlen müssen. Durch diese Maßnahmen ermöglichen wir kleinen Läden einen fairen Wettbewerb.
- Nach dem Vorbild der Berliner Spätis sollen in den Bezirken Lizenzen für **längere Öffnungszeiten** vergeben werden.

C. Kultur- & Kreativsektor

Kulturelle Institutionen sind für die Bildung von kritischen, staatsbürgerlichen Individuen unentbehrlich. Volt setzt sich insbesondere auch für einen starken, europäischen Austausch im Kulturbereich ein. Künstler*innen und Kulturschaffende wurden massiv von der Corona-Krise getroffen und haben nur mangelhaft Hilfe erhalten. Anfangs konnten Personen keinen Antrag auf Gelder aus dem Härtefallfonds stellen, wenn sie Nebeneinkünfte hatten, Gelder aus Pensionsversicherungen bezogen haben oder eine Mehrfachversicherung vorlag. Außerdem wurde eine Einkommensober- und -untergrenze festgelegt. Aufgrund dieser einschränkenden Kriterien und Auflagen hatten viele Künstler*innen und Kulturschaffende keinen Anspruch auf Unterstützung und blieben über Wochen ohne Einkommen. Es gibt einen Flickenteppich an

Förderungen anstatt direkter, unbürokratischer Hilfe. Gerade in einer Stadt wie Wien, welche in der ganzen Welt für Kunst und Kultur bekannt ist, ist das eine herbe Enttäuschung.

- Wir fordern eine wesentlich bessere und zuverlässige, **finanzielle Unterstützung von Künstler*innen und Kulturschaffenden aus dem Corona-Härtefallfonds**. Die Hilfe muss schnell ankommen und unbürokratisch zu beantragen sein. Bei Ausfall des Verdienstes aufgrund von Corona-Maßnahmen sollte es bedingungslose Zuschüsse für den Zeitraum des Ausfalles geben.
- Solange die Einschränkungen durch die **Corona-Maßnahmen** gelten, sollte die Stadt Wien alle Möglichkeiten ausschöpfen, Veranstaltungen zumindest im kleineren Rahmen und unter Sicherheitsauflagen zu ermöglichen. Dies kann durch kleine Straßenfeste, Hinterhofkonzerte, usw. umgesetzt werden.
- In **Bürgerzentren** soll die Möglichkeit zur kulturellen Aktivität und Ausstellungen ohne große bürokratische Hürden gegeben werden.
- **Museen und Theater** müssen von Bund und Stadt stärker **subventioniert** werden um sie unabhängiger vom Tourismus zu machen. Corona-bedingte Ausfälle können nicht mehr eingespielt werden, daher muss es ein starkes Signal zur Unterstützung seitens der öffentlichen Hand geben.